

BDZ kritisiert Sparpläne

Wortbrüchig und konzeptionslos

„Die Sparpläne der Bundesregierung sind konzeptionslos, sozial unausgewogen und enthalten Luftbuchungen. Sie werden in erheblichem Maße den sozial Schwachen aufgebürdet und verschonen die bekannten Verursacher der Finanzkrise ebenso, wie starke Schultern der Gesellschaft. Gegenüber den Bundesbeamtinnen und -beamten wird die Bundesregierung wortbrüchig und verlangt von ihnen ein, wenn auch populistisches, Sonderopfer, denn keine Berufsgruppe in Deutschland wird unmittelbar herangezogen. Die Tatsache, dass die dem Tarifabschluss 2010/2011 nachgezeichnete Besoldungsanpassung unangetastet bleiben soll, ist deshalb bei allem Wohlwollen nicht geeignet in Jubel auszubrechen. BDZ, dbb und alle dbb-Mitgliedsgewerkschaften, die Beschäftigte in Bundesverwaltungen organisieren, werden sich mit Nachdruck in die parlamentarische Meinungsbildung einschalten und fordern die Beschäftigten auf mitzumachen.“ erklärte BDZ-Chef Leprich in Berlin.

BDZ und dbb weisen die Sparpläne der Bundesregierung entschieden zurück, denn der angekündigte Stellenabbau von 15.000 Stellen bis zum Jahr 2014 durch pauschale Stelleneinsparungen in Höhe von 1,5 % pro Jahr wird dem Staat teuer zu stehen kommen. Das mag zwar billigen Beifall finden, die Bundesregierung muss den Menschen aber sagen, welche Qualitätsabstriche und Leistungseinschränkungen sie dafür in Kauf nehmen müssen.

Leprich machte deutlich, dass der Zoll bereits heute bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben in den Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsbereichen ebenso wie in den Einnahmebereichen erhebliche Qualitätsabstriche machen muss. Die Arbeitsverdichtung habe bereits nicht mehr zu akzeptierende Ausmaße angenommen. Das Bundesfinanzministerium konkurriere dagegen zwischenzeitlich mit biblischen Begebenheiten und mache aus Wasser Wein. So unterscheide man wegen der akuten Personaldefizite in Bereiche mit und ohne Priorität, ohne die Ableitung transparent zu machen. Die durch eine Million Vollstreckungsrückstände nicht realisierten Einnahmen hätten keine Priorität und die Personalfehlbestände in der Kosten- und Leistungsplanung würden bereinigt, in dem man das Personal-Ist zum Soll mache.

Die nun auf Dauer angelegte Streichung der bereits zum 1.1.2011 gesetzlich geregelten „Wiedergutmachung“ des 2006 zur Haushaltskonsolidierung befristet auf 30 Prozent abgeschichteten Weihnachtsgeldes, ist ein gravierender Vertrauensbruch der Bundesregierung, der sich auch nicht schön reden lässt. Wer zum Beispiel in nicht nachvollziehbarer Weise den Hotels eine Steuervergünstigung in Milliardenhöhe gewährt und offensichtlich politisch nicht die Durchsetzungskraft hat, ein Konsolidierungskonzept vorzulegen, das Ausgaben- und Einnahmeseite in ein sozial ausgewogenes Gleichgewicht bringt, gefährdet den Betriebsfrieden in den Bundesverwaltungen und den sozialen Frieden in Deutschland.

Berlin, 10. Juni 2010

18